

Laibacher Zeitung.



Nr. 169.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj.
fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus
halbj. 50 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 28. Juli

1870.

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1 mal 60 fr.,
2 mal 80 fr., 3 mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1 m. 6 fr., 2 m. 8 fr.,
3 m. 10 fr. u. s. w. Insertionstempel jedesm. 30 fr.

Augesichts der hoch interessanten Zeiten hat die gefertigte Administration die Verfügung getroffen, daß ihr alle wesentlichen Nachrichten vom Kriegsschauplatze sofort auf telegraphischem Wege gemeldet werden; um nun die geehrten p. t. Abonnenten so schnell als möglich von den neuesten Ereignissen in Kenntniß setzen zu können, werden alle während des Tages einlaufenden telegraphischen Nachrichten von besonderem Interesse sofort in Druck gelegt und als Extra-Blätter der „Laibacher Zeitung“ erscheinen, was durch eine beim Zeitungs-Comptoir (Sternallee) und in der Buchdruckerei jedesmal ausgehängte Tafel bekannt gemacht werden wird.

Den p. t. Abonnenten der „Laibacher Zeitung“ werden diese Extra-Blätter gratis ausgesetzt, jedoch müssen dieselben im Comptoir abgeholt werden.

Für Nicht-Abonnenten ist der Preis per Exemplar mit 5 kr. festgesetzt.

Abonnements auf die „Laibacher Zeitung“ werden täglich angenommen und laden hiezu ergebenst ein:

Ignaz v. Kleinmahr & Fedor Bamberg's Zeitungs-Comptoir.

Mit 1. August

beginnt ein neues Abonnement auf die

„Laibacher Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis beträgt für die Zeit vom 1. August bis Ende September 1870:
Im Comptoir offen 1 fl. 84 kr.
Im Comptoir unter Couvert 2 " —
Für Laibach ins Haus zugestellt 2 " —
Mit Post unter Schleifen 2 " 50 "

Amtlicher Theil.

Se. I. und II. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 22. Juli d. J. die bei dem künstenländischen Oberlandesgerichte erledigte Rathssecretärsstelle dem Rathssecretär des Obersten Gerichtshofes Eduard Andreas Terdich allernächst zu verleihen geruht.

Tschabuschnigg m. p.

Der Justizminister hat eine bei dem Kreisgerichte St. Pölten erledigte Landesgerichtsrathsstelle dem Wiener Staatsanwalts-substituten Friedrich Schaad verliehen.

Der Justizminister hat den Staatsanwalt Gustav Chamrath über sein Ansuchen von Wels nach Wr. Neustadt überzeugt, den Staatsanwalts-substituten Dr. Eduard Ritter v. Kindinger zum Staatsanwalt in Wels und den Staatsanwalts-substituten Joseph Nareth zum Staatsanwalt in St. Pölten ernannt.

Das Justizministerium hat die Staatsanwalts-substituten Moritz Ritter v. Wittmann und Friedrich Fischer zu Oberstaatsanwals-Stellvertretern in Wien ernannt.

Der Justizminister hat den Landesgerichtsrath Gustav Ratzek zu Tabor über sein Ansuchen in gleicher Eigenschaft nach Prag überzeugt und zum Landesgerichtsrath in Tabor den Rathssecretär Karl Fanta zu Pisek ernannt.

Der Justizminister hat den Landesgerichtsrath Anton Srb zu Pilsen über sein Ansuchen in gleicher Eigenschaft zum Handelsgerichte in Prag überzeugt und zum Landesgerichtsrath in Pilsen den Bezirksrichter Joseph Ronbink zu Deutschbrod ernannt.

Der Justizminister hat den Bezirksrichter Franz Schmid in Weißwasser über sein Ansuchen in gleicher Eigenschaft zum Bezirksgerichte Bensenville überzeugt und

zum Bezirksrichter in Weißwasser den Staatsanwalts-substituten Weleslaw Gottfried in Pilsen ernannt.

Der Justizminister hat die bei dem künstenländischen Oberlandesgerichte erledigte Rathssecretärsstelle dem mit dem Titel und Charakter eines Oberlandesgerichts-Raths-secretärsadjuncten bekleideten Gerichtsadjuncten in Triest Gustav Ritter von Tschabuschnigg verliehen.

Der Justizminister hat dem Hilfsämterdirections-adjuncten Joseph Laimegger eine Hilfsämterdirectorsstelle bei dem Wiener Landesgerichte verliehen.

Nichtamtlicher Theil.

Politische Uebersicht.

Laibach, 27. Juli.

In mehreren Blättern fand ein Pariser Telegramm Aufnahme, wonach von Seite Preußens Baiern für den Fall des Sieges eine Gebietsvergrößerung zugesagt wurde. Wie die „Tgsp.“ nun von unternrichteter Seite erfährt, ist der Wortlaut des preußisch-bairischen Allianzvertrages in Wiener diplomatischen Kreisen bekannt. In jener Version des Vertrages nun, die man in hiesigen politischen Cirkeln kennen will, kommt allerdings ein Passus von einer Gebietsvergrößerung nicht vor, da gegen enthält außer der bei einer derartigen Allianz üblichen gegenseitigen Garantie der Integrität des beiderseitigen Länderebites der Vertrag Bestimmungen über die Stellung Baierns nach dem Kriege. Demnach verpflichtet sich Preußen, Baiern in seiner Stellung unverändert zu belassen. Der bezügliche Artikel ist, wie uns glaubwürdige Personen versichern, so abgefaßt, daß die Mainlinie auch für den Fall eines siegreichen Krieges aufrecht erhalten bleibt und von einem Eintritte Baierns in den norddeutschen Bund nicht im Entferntesten die Rede ist. So steht wenigstens in dem förmlichen Vertrag; ob nicht geheime Nebenartikel existieren und was diese enthalten, weiß man natürlich hier nicht.

Die „W. Abdp.“ registriert als ein Symptom der zuversichtlichen Stimmung in Preußen, daß die „Köln. Ztg.“ mitten im Färm der Truppenaufstellungen noch Muße findet, Bon mots zu erfunden. Sie beantwortet nämlich eine angebliche Bemerkung des Kaisers Napoleon über die Wehrhaftigkeit Oesterreichs mit einem nicht minder bissigen und — nicht minder authentischen Bonmot auf Frankreich, welches sie die Freundschaft hat, dem Grafen Beust in den Mund zu legen. So sehr wir uns hier freuen, daß man in Köln noch so „heiter auch in ernster Zeit“ sein kann, bemerkt die „Abendpost“, möchten wir doch bitten, künftig die Wiere auf eigene Rechnung zu machen.

Der „Tagespresse“ werden in einem Pariser Briefe vom 21. d. die mutmaßlichen Gründe des scheinbaren Bögers mit dem Angreifen mitgetheilt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der französische Kriegsplan die Operationen der Flotte und der Landarmee kombiniert. Es wäre von Seite der Franzosen mehr als thöricht gehandelt, wenn sie alles Gewicht auf die Arme legten und die Flotte nur quast nebenher, nur um den Preußen Verlegenheiten zu bereiten, operiren ließen. Selbst eine

Operation gegen die Elbherzogthümer, die übrigens jedenfalls in Aussicht genommen zu sein scheint, wäre für sich allein nicht erschöpfend, nicht impostant genug, um das maritime Uebergewicht als ausschlaggebenden Factor erscheinen zu lassen. Man vermuthet daher, und alle Kundigen schließen sich dieser Meinung an, daß mehr als ein Punkt der Nord- und Ostsee in Aussicht genommen ist, und man spricht namentlich von Bremen und vom Fahndebusen als einem der geeignesten Angriffspunkte, um eventuell sogar eine Landung vorzunehmen. Von Bremen aus ließen sich Hannover und Westphalen dominieren, könnte Norddeutschland strategisch gespalten und vielleicht selbst Berlin bedroht werden.

Über Dänemarks Haltung wird der „Tgpr.“ aus Kopenhagen von sehr gut unternrichteter Seite geschrieben: „Die dänische Regierung war schon fest entschlossen, auf das von Frankreich dringend angebotene Schutz- und Trutz-Bündnis einzugehen, als von Seiten Englands und Russlands anfördertliche Anstrengungen gemacht wurden, Dänemark zu vermögen, eine zusagende Antwort nach Paris wenigstens zu vertheilen. Die beiden genannten Mächte haben sich nun sogar verbindlich gemacht, beim Friedensschluß für das dänische Interesse

mit Entschiedenheit einzutreten. Unter diesen Umständen ist die dänische Regierung schwankend geworden und es ist wahrscheinlich, wenn auch noch nicht völlig entschieden, daß sich dieselbe den neutralen Mächten anschließt.“

Aus Brüssel wird dem „Frdbl.“ unter dem 24. d. die bestimmte Nachricht telegraphiert, daß die Operationen binnen 3 oder 4 Tagen in großem Maßstabe beginnen werden und daß zunächst Süddeutschland angegriffen und der Rhein bei Straßburg überschritten werden soll. Bewahrheitet sich diese Nachricht, so haben wir heute oder morgen schon Depeschen über ernste Zusammenstöße der beiden Armeen zu erwarten.

Da Baden der bekannten Convention in Betreff der Verpöning von Hohlgeschossen nicht beigetreten ist, so wird an dasselbe, wie dem „Frdbl.“ aus Paris vom 23. d. gemeldet wird, notificirt werden, daß, wenn in seiner Armee dergleichen Kugeln gebraucht würden, Städte und Dörfer daselbst der Verwüstung preisgegeben werden würden.

Der „Constitutionnel“ vom 25. d. M. demonstriert das Gericht, daß die rumänische Agentie preußischen Unterthanen Pässe verabsolge.

Das „Journal officiel“ zieht in seinem Wochenbulletin einen Vergleich zwischen der uneigennützigen und humanitären Politik Frankreichs und der absorbierenden, erobernden Politik Preußens. Es erinnert an die Principien der Mäßigung und des Rechtes, welche die Kaiserliche Politik beständig geleitet haben. Es bedauert, daß der heftige Ehrgeiz Preußens, welchem letzteren wir so viele Beweise der Freundschaft gegeben haben, den Kaiser verhindert habe, das große Werk der Pacification zu verfolgen.

Es zählt die von Preußen begangenen Rechtsverletzungen gegen Süddeutschland auf, dessen internationale und unabhängige Existenz es bedroht, dessen Verhalten gegen Dänemark, dem es Nord-Schleswig geraubt, das Verhalten gegen Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt, dessen Bevölkerung nicht befragt wurde; es führt das Verhalten Preußens bezüglich der deutschen Fürsten des Nordbundes an, die gekrönte Präfecten geworden sind; es hebt Preußens Haltung gegenüber dem von einer Restauration der Monarchie Karls V. bedrohten Europa, gegenüber von Holland, Italien und Russland hervor, welches letztere gewisse Gebietstheile hat, nach welchen es Preußen gesüsst.

Es weist schließlich auf die brutale Ausschließung Oesterreichs aus Deutschland hin.

Der Artikel erklärt, daß Frankreich eben so gemäßigt als Preußen gewaltsam ist. Ganz Europa wird erkennen, daß die Verantwortlichkeit des Krieges unanfechtbar auf dem Ehrgeiz des Königs Wilhelm und Bismarcks beruhe.

Der Proclamation des Kaisers entsprechend, erwartet das aufwallende Vaterland die Zukunft mit Vertrauen, wissend, daß Gott eine große Sache beschütze. Ein Sieg des Kaisers wird ein Sieg des Rechtes und des Fortschritts sein.

Mit immer größerer Bestimmtheit kommen italienische Blätter auf die Behauptung zurück, die Franzosen würden in nächster Zeit den Kirchenstaat völlig räumen. Frankreich wolle Italien nicht neuerdings der Gefahr innerer Conflicte gleich jenen von Aspromonte aussetzen und habe, absehend von den Bestimmungen der Septemberconvention, die Abberufung seiner Truppen nur von von zwei Bedingungen abhängig gemacht: Aufrechthaltung der Unabhängigkeit des Papstes in Rom und Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung im Kirchenstaat. Beide Bedingungen seien von der italienischen Regierung accepirt worden.

Von französischen Blättern erscheint auch dem „J. des Debats“ die Abberufung der französischen Truppen aus dem Kirchenstaate wahrscheinlich. Von Italien verlangt Frankreich, daß den Krieg mit seinem Gegner allein auszufechten wünsche, eben nur moralischen Beifall, und dieser werde sicherlich nicht ausbleiben. Angesichts solcher Geistigkeit könnte Frankreich seine Truppen immerhin zurückziehen.

Die italienische zweite Kammer war in ihrer Sitzung vom 23. d. M., derselben Sitzung, in der bekanntlich der erste Artikel des Gesetzentwurfes über die Convention mit der Bank von 180 gegen 128 Abgeordneten angenommen wurde, Schauplatz großer Aufregung. Corte und Nicotera wollten die Regierung interpelliren, um zu erfahren, wann sie ihr Neutralitätsmanifest veröffentlichen werde. Corte erinnerte an das Beispiel Englands; die Regierung möge es diesem Staat mit der Neutralitätserklärung nachthun; die Völker seien bereit-

tigt, die Entschließungen der Regierung direct von ihr selbst zu erfahren. Der Ministerpräsident bemerkte hierauf, die Erklärung der Regierung werde noch am selben Tage im amtlichen Blatte erscheinen. (Das hat auch stattgefunden und der Telegraph hat die Erklärung bereits vollständig mitgetheilt.) Mit der Erklärung Lanza's wollte sich nun Nicotera nicht begnügen. Die Regierung müsse ihre Politik im Parlament in außerordentlicher Sitzung discutiren lassen, um zu erfahren, ob sie das Vertrauen der Kammer besitzt oder verwirkt habe.

Der Ministerpräsident hatte dagegen nichts einzubringen, erklärte aber, daß die Regierung, nachdem sie einmal sich für die Neutralität ausgesprochen habe, unmöglich auf eine Debatte über Eventualitäten eingehen könne. Als nun der Abg. Morelli Donato die Vertrauens- oder Misstrauensfrage auch auf die innere Politik der Regierung ausgedehnt wissen wollte, erklärten andere Redner alle diese Interpellationen für inopportun und verlangten den Uebergang zur Tagesordnung; man möge (Abg. Broglie) zunächst die finanziellen und namentlich die Eisenbahnfragen erledigen, dann könne man noch immer auf die Interpellationen zurückkommen, ein Antrag, mit dem sich wieder der Ministerpräsident nicht einverstanden erklären wollte; nach dem, was gesprochen worden, müsse die Regierung nicht vom finanziellen, sondern auch vom politischen Standpunkte aus des Vertrauens der Kammer sicher sein. In ähnlichem Sinne sprach auch der Finanzminister.

Als nun über den Antrag Broglie's abgestimmt werden sollte, entstand ein greulicher Tumult, der damit endete, daß Broglie seinen Antrag zurückzog. Der Lärm, der nun von der Linken ausging, ließ sich mit Worten nicht beschreiben. Der Präsident wurde in einer nichts weniger als schmeichelhaften Weise apostrophirt, und als er hierauf sein Haupt bedeckte, verließ die Linken masse den Saal. Erst nach einer Stunde wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Die Mitglieder der Linken erschienen nicht mehr und nur mehr das Centrum und die Rechte nahmen an den weiteren Berathungen Antheil, die nun nur mehr finanzieller Natur waren.

Wie die „Engl. Corr.“ vom 21. d. M. erfährt, dürfte sich die englische Regierung in den nächsten Tagen veranlaßt sehen, die Pferdeausfuhr zu verbieten. Von preußischer sowohl wie von französischer Seite sollen in den letzten Tagen in England viel Pferde angekauft worden sein.

Der italienische Kriegsminister hat bis auf weiteres die Urlaubserteilung an Militärs und Militärbeamte gänzlich eingestellt und die Einberufung der auf Urlaub befindlichen angeordnet.

Wie aus Genua vom 20. d. M. gemeldet wird, wurde in Spezzia ein Observationsgeschwader, bestehend aus der Fregatte „Italia“ und den Corvetten „Umberto“ und „Duca di Genova,“ dann dem Aviso-dampfer „Vedette,“ ausgerüstet und unter das Commando des Contre-Admirals d'Isola gestellt. Dasselbe hat die Bestimmung, im Mittelmeer und der südlichen Adria zu kreuzen. Die auf unbestimmtem Urlaub befindlichen Marine-Mannschaften der Altersklasse 1846 sind einberufen worden.

Das Petersburger „Amtsblatt“ vom 24. d. schreibt: „Die kaiserliche Regierung hat die möglichen Anstrengungen gemacht, dem Ausbruch des Kriegs vorzubeugen. Leider hat die Schnelligkeit der gefassten Entschlüsse die Bestrebungen zur Erhaltung des Friedens vereitelt. Der Kaiser ist entschlossen, beiden Kriegsmächten gegenüber Neutralität zu beobachten, so lange die Interessen Russlands durch die Eventualitäten des Kriegs unberührt bleiben. Die russische Regierung sichert

jedem Streben, die Grenze der Kriegsoperationen einzuschränken und die Dauer des Kriegs zu verkürzen, ihre Unterstützung zu.“

Von der russischen Grenze wird dem „Wanderer“ geschrieben, daß dort große Vorbereitungen für den Krieg getroffen werden sollen, was durch einen jüngst erlassenen Uta, der das Ausführen von Rohproducten verbietet, nur bestätigt wird.

Ein diplomatischer Scandal.

Kein Krieg ohne diplomatischen Scandal. Der Telegraph hat uns bereits über den Streit unterrichtet, der zwischen dem Grafen Bismarck und dem Herzog von Gramont geführt wird. In einer jetzt im Wortschatz vorliegenden Depesche hatte der Herzog von Gramont sich folgendermaßen ausgesprochen.

„Der Gedanke, auf den Thron von Spanien einen Hohenzoller zu erheben, ist nicht neu. Bereits im Monat März 1869 war sie angedeutet durch unsern Gesandten in Berlin, der sogleich aufgesondert wurde, den Grafen Bismarck wissen zu lassen, wie die Regierung des Kaisers eine solche Eventualität betrachten würde. Herr Graf Benedetti hatte in Unterredungen sowohl mit dem Kanzler des norddeutschen Bundes, als auch mit dem Unter-Staatssekretär, der mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten beauftragt war, nicht verhehlt, daß wir es nicht zulassen könnten, daß ein preußischer Prinz jenseits der Pyrenäen regiere. Graf Bismarck seinerseits hatte erklärt, daß wir keineswegs besorgt seindürften wegen einer Combination, die er selbst für unausführbar erachte und in einem Augenblicke, wo, in Abwesenheit des Bundeskanzlers, Herr Benedetti sich ungläubig und dringend bezeigen zu müssen glaubte, hatte Herr von Thile sein Ehrenwort gegeben, daß der Prinz von Hohenzollern ein ernsthafter Kandidat für die Krone von Spanien nicht sei, noch auch werden könne.“

In Folge dieser Anklagen veröffentlichte die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ das folgende Communiqué:

„Auch ohne besondere Mittheilung wird Jedermann leicht erkennen, daß die Note des Herzogs von Gramont von Anfang bis zu Ende eine einzige Lüge ist. Aber angeicht eines solchen in der ganzen gesitteten Welt unerhörten Verfahrens einer Regierung sind sowohl der Bundeskanzler als der Staats-Sekretär gezwungen, amtlich und persönlich zu erklären, daß zwischen einem von ihnen und dem Grafen Benedetti, seitdem ihnen von dem an den Fürsten Hohenzollern gerichteten Antrage etwas bekannt geworden, die spanische Candidatur des Prinzen niemals auch nur mit einer Sylbe amtlich oder privatim besprochen worden ist.“

Daran knüpft die „Nordd. Allg. Ztg.“ noch folgende drastische Bemerkungen:

„Es gibt in Berlin im Munde des Volkes einen sehr weisen Spruch: „Wenn schon — denn schon.“ Wir wünschten, der Herr Herzog hätte dieses Wort beachtet. Statt der mageren Geschichte der spanischen Kron-Candidatur hätte er ja sagen können, Graf Bismarck habe den Kaiser ermorden wollen, oder Ähnliches. Der Kostenpunkt wäre der gleiche geblieben und es hätte jedenfalls mehr Effect gemacht. Warum also nicht etwas in diesem Genre dem staunenden Europa vorsezetzen, welches davon gerade eben so viel, oder vielmehr eben so wenig geglaubt hätte, als von der spanischen Geschichte. Wenn schon — denn schon! Denn, wenn man an der Spitze einer mobilen Invasionssarmee zum Einfall in einen friedlichen Nachbarstaat bereit steht, so müssen wir Hrn.

v. Gramont zu unserem Bedauern sagen, daß er nicht auf der Höhe derjenigen Zeit steht, die Frankreich in Europa inauguriert will, eine Zeit, die allerdings seit den Raubzügen der Vandale nicht dagewesen ist.“

Im Jahre 1866 hat Graf Bismarck allerdings nach dem Grundsatz: „Wenn schon, denn schon“ gehandelt. Seine Depeschen über Österreich ließen nichts zu wünschen übrig. Der Herzog von Gramont hat bekanntlich in Beantwortung des preußischen Dementis die Veröffentlichung des Actenstückes angekündigt, das den authentischen Nachweis liefern soll, daß die spanische Thronbesetzungsfrage bereits im Jahre 1869 discutirt wurde. Wir werden dann sehen, wer besser zu lügen versteht, ob der Herzog von Gramont oder Graf Bismarck.

Bum Kriege.

Als Generalstabs-Chef der preußischen Operations-Armeen werden genannt: bei Sr. l. Hoheit dem Kronprinzen der General-Lieutenant v. Blumenthal, bei Sr. l. Hoheit dem Prinzen Friedrich Karl der Oberst v. Stiehle, beim General v. Steinmetz der General-major v. Sperling.

Vom Kriegsschauplatz liegen keine Nachrichten von Bedeutung vor, einzelne Vorposten-Gefechte, die an der Grenze stattfanden, lassen vermuten, daß sich die beiden feindlichen Armeen nicht mehr ferne stehen.

So berichtet der „Pester Lloyd“ in einem Telegramm aus Frankfurt a. M.: „Samstag (23.) Morgens versuchte eine feindliche Truppe in der Stärke eines Bataillons die Saar-Brücke bei Wehrden zu nehmen, wurde aber durch die Besetzung von Saarlouis zurückgeschlagen. Gleichzeitig suchten auch die Franzosen, welche Gersweiler besetzt haben, die Eisenbahnbrücke am Schanzenberge zu nehmen, wurden jedoch gleichfalls zurückgeschlagen.“

Wehrden ist ein kleines Dorf mit 400 Einwohnern im Regierungsbezirk Trier am linken Ufer der Saar, und zwar an jenem Punkte, wo sich das kleine Nebenflüsschen Nossel in die Saar ergiebt, beiläufig in der Mitte des Weges zwischen Saarlouis und Saarbrücken. Gersweiler ist ebenfalls ein preußisches Dorf im Regierungsbezirk Trier mit 720 Einwohnern, ganz nahe bei Saarbrücken.

Obigem widersprechend schreibt der „Nürnberger Correspondent“ vom 23. d., daß bis dahin eine Grenzüberschreitung von Seite der Franzosen noch nicht stattgefunden habe.

Die Schlagfertigkeit der bayerischen Armee wird von einem Münchner Correspondenten der „Presse“ stark bezweifelt. Die Reservemänner sollen erst einberufen worden sein, die Landwehrleute röhren sich noch kaum, denn am 23. d. gingen erst die betreffenden Linienoffiziere in die ihnen zugewiesenen Landwehrbezirke, um die Einübung der Mannschaft zu besorgen, daß unter solchen Umständen von einer Schlagfertigkeit der bayerischen Truppen unter 14 Tagen gar nicht die Rede sein kann, ist um so wahrscheinlicher, als die Beschaffung von Kriegsmaterial auch sehr langsam vorwärts schreitet und die diesbezüglichen Einleitungen nicht über das erste Stadium hinaus sind. Man fürchtet jetzt schon, daß die bayerische Heerfolge den Preußen von nicht viel größerem Nutzen sein dürfe, als sie es im Jahre 1866 den Österreichern gewesen.

Einem Privatbriefe aus der Provinz Brandenburg entnimmt die „N. Fr. Pr.“ die positive Nachricht, daß die Mobilisierung der preußischen Armeen innerhalb acht Tagen, also drei Tage vor dem reglementären

Seuisselon.

Die bedeutendsten Führer der französischen Armee.

Nachdem die tüchtigen Marschälle Belisier, Niel, St. Regnault de St. Jean d'Angely inzwischen gestorben sind, richten sich heute in Frankreich die Blicke der Armee und des Volkes vertrauensvoll auf folgende Häupter. Vor Allem ist hier zu nennen:

Mac Mahon, Herzog von Magenta, Marschall von Frankreich, General-Gouverneur von Algier. Derselbe steht — wie auch Kaiser Napoleon — in seinem 62. Lebensjahr und gilt für den tüchtigsten Heerführer der französischen Armee. Mac Mahon hat sich bei allen großen Unternehmungen in Afrika — namentlich schon bei der Eroberung von Constantine — ausgezeichnet und war bereits in seinem 18. Dienstjahr zum General-Lieutenant avanciert. Seine Division war es ferner, die den Malokoff, den Schlüssel von Sebastopol, eroberte. Bei Magenta entschied er, von Turbigo aus den Österreichern in die Flanke fallend, ganz ähnlich die Schlacht, wie die zweite preußische Armee den Tag von Königgrätz; bei Solferino kämpfte er im Centrum des Schlachtfeldes (bei Cavriana) mit Auszeichnung und Glück. Marschall Mac Mahon — auch literarisch wohlbekannt durch seine lehrreichen Instructions pour le camp de Châlons — ist ein ebenso umsichtiger wie fähiger und energischer General, dem jedenfalls ein Hauptcommando im jetzigen Kriege übertragen werden wird.

Leboeuf, bisher Kriegsminister und Marschall von Frankreich, 61 Jahre alt, hat seine militärische Laufbahn als Artillerie-Officer begonnen. In den Jahren 1837—1841 kämpfte er mit Auszeichnung in Algier. Im Jahre 1854 wurde er Chef des Generalstabes der Artillerie der „Orient-Armee,“ 1859 fungierte er als Commandeur der „Alpenarmee“ (später „Armee von Italien“); überall that er sich hervor. Im Jahre 1868 war Leboeuf Commandant des Lagers von Châlons und erhielt in demselben Jahre das Commando des 6. Armeecorps. Er gehörte zu den besonderen Günstlingen des Marschalls Niel, der, wie man sagt, ihn sterbend dem Kaiser Napoleon zu seinem Nachfolger als Kriegsminister empfohlen.

Bazaine, Marschall von Frankreich, gegenwärtig 59 Jahre alt, ist in neuerer Zeit oft genannt worden als Commandant der französischen Occupations-Armee in Mexico. Ein tüchtiger Handegen, nahm Bazaine sowohl an den Kriegen in Algier, als auch besonders an den Feldzügen gegen die carlistischen Guerillas in Spanien Theil und focht mit großer Bravour vor Sebastopol. Im Jahre 1863 erhielt er an Stelle des nach Europa zurückkehrenden Marschalls Forey das Ober-Commando in Mexico, wo er bis zum Jahre 1867 verblieb. Seine Stellung zum Kaiser Maximilian ist heute noch nicht genügend aufgeklärt. Marschall Bazaine ist eine echt kategorische Figur, eine Art Belisier-Natur; er war bisher Commandeur der kaiserlichen Garde in Paris, soll aber jetzt ein besonderes Commando im Feldzug erhalten.

Canrobert, Marschall von Frankreich, heute

61 Jahre alt, erwarb sich die ersten Lorbeeren, wie die meisten französischen Generale, in Algier. Nach dem Staatsstreich vom 2. Dec. 1851 stellte er die Ruhe in Paris wieder her und erhielt dafür die Würde des Divisions-Generals. In der Krim trug er namentlich durch einen gelungenen Sturm an der Alma zum Siege der Verbündeten bei, dagegen gab er den ihm nach dem Tode des Marschalls St. Arnaud übertragenen Oberbefehl über die alliierten Truppen bald wieder ab und wurde nach Paris zurückberufen. 1859 focht er tapfer in Italien, geriet jedoch in Differenzen mit Niel, dem er bei Solferino die erbetene Hilfe nicht leisten konnte oder wollte, welche Differenzen nur durch persönliche Intervention des Kaisers beigelegt wurden. Marschall Canrobert gehört zu den besonderen Günstlingen des Kaisers Napoleon, der ihm die bei dem Staatsstreich geleistete Hilfe nicht vergessen; derselbe ist zur Übernahme eines Commandos in dem gegenwärtigen Feldzuge designiert. Tapferer Soldat, gilt Canrobert doch für keinen bedeutenden Strategen, er ist kaum ein leidlicher Taktiker.

Baraguay d'Hilliers, Marschall von Frankreich, ist kein besonders hervorragender General. Er führte 1854 den Oberbefehl über das nach der Öffnung bestimmte Expeditionskorps, dessen einziges Resultat die Einnahme von Bomarsund war. — 1858 erhielt er das 5. Corpscommando (Tours), war 1863 Oberbefehlshaber des Lagers von Châlons und ist gegenwärtig von Tours nach Paris berufen, um den Marschall Canrobert zu ersetzen.

Trochu, General, ist in neuerer Zeit eine viel-

mäßigen Termine, vollendet worden. Es wurden die Landwehrleute bis zum Alter von 36 Jahren einschließlich eingezogen. Gestern haben aus der Provinz Brandenburg nach dem Rheine und vom Osten her nach dem Centrum der Monarchie die Truppen-Dislocationen begonnen. Nach Ablauf der ersten Augustwoche hat Preußen über 600.000 Mann schlagfertig zwischen Köln und Rastatt aufgestellt.

Eine Genfer Correspondenz meldet der „N. Fr. Pr.“, daß am 22. d. ein preußisches Detachement mit der Eisenbahn in Basel anlangte, aber von den Schweizern desarmirt und über die Grenze zurückgewiesen wurde. Ein Genfer radicale Abendblatt bemerkt hiezu: „Wahrscheinlich hat der preußische Officier, welcher das Detachement commandirte, seine Geographie ganz vergessen und bildete sich ein, zu Hause zu sein.“

Aus Basel wird gemeldet, daß der Bundesrat auf die Pferdeausfuhr einen Zoll von 600 lire per Stück festgesetzt hat.

Nach der „France“ hätten sich in einem Zeitraum von zwei Tagen 15.000 Mann allein in Paris und 85.000 in ganz Frankreich als Freiwillige anwerben lassen.

Die ersten Schüsse zur See sind gefallen. Aus South-Shields wird nämlich telegraphiert, daß ein französisches Panzerschiff am Sonntag in der Nähe von Helgoland auf die Schraubendampfer „Tyne“ und „Southwark“ geschossen hat. Der „Tyne“, welcher gestern in Shields eintraf und die Nachricht brachte, lief von Hamburg mit einer Ladung Schafe aus und begegnete zwischen Euxhaven und Helgoland am Montag einem Panzerschiff ohne Flagge. Der „Tyne“ hatte seine Nationalflagge am Mast aufgezichtet. Vier Schüsse wurden abgefeuert, erreichten das Schiff aber nicht. Der „Tyne“ steuerte sofort auf das Panzerschiff zu, um Information zu holen, das Panzerschiff aber richtete seinen Kurs gegen den in einiger Entfernung herankommenden Dampfer „Southwark“, feuerte zwei Schüsse auf denselben und steuerte dann auf Euxhaven zu. Ein anderer Bericht sagt, der „Tyne“ habe keine Flagge am Mast gehabt und sobald er eine solche aufgezichtet sei, das Schießen eingestellt worden. Daß die Nachricht allenthalben große Aufregung hervorgerufen hat, braucht wohl kaum bemerkt zu werden.

Concurrenzstreit zwischen der Stadt Laibach und dem krainischen Landesausschuß.

Im großen Sitzungssaale der niederösterreichischen Statthalterei fand am 25. d. eine Sitzung des Reichsgerichtes statt. Den Vorsitz bei derselben führte Senatspräsident Freiherr v. Szymonowicz, als Mitglieder fungirten Hofrat Kiechl, Dr. v. Ott, Freiherr v. Hye, Staatsrat in Pension Freiherr v. Quesar, Professor Dr. Unger, Professor Dr. Heyßler, Dr. Dollenz, Dr. Biemialkowksi, Handelsgerichts-Präsident Merkl, Professor Dr. Habichtek. Als Vertreter der Parteien erschienen: Für den Landesausschuß von Krain Dr. Ethbin Heinrich Cotta, für die Stadtgemeinde Laibach Dr. Wiedenfeld.

Dem Vortrag des Referenten Freiherrn v. Quesar entnehmen wir Folgendes über den Gegenstand der Verhandlung: Die Stadtgemeinde Laibach hat laut Besluß vom 2. November am 19. Jänner den Landesausschuß von Krain vor dem Reichsgerichte geplagt und begeht, der krainische Landesausschuß sei schuldig zu erkennen, die Stadtgemeinde Laibach sei in Bezug auf die Zahlung der Spitalsgebühren für die unbemittelten Kranken, welche nach Laibach zuständig sind und in dem derselbst befindlichen Spital verpflegt werden, den anderen

genannte, durch Intelligenz hervorragende Persönlichkeit. Vor drei Jahren mache sich derselbe durch eine kleine Schrift vortheilhaft bekannt, welche unter dem Titel: l'armée française en 1867 erschien und in kurzer Zeit nicht weniger als 18 Auflagen erlebt hat. General Trochu war Mitglied der Militär-Commission, welche Kaiser Napoleon zur Berathung einer neuen Armee-Organisation einzogen ließ; er versuchte schon damals den militärischen Fortschritt in jeder Beziehung und mache sich dadurch zu einer in der Armee ungemein populären und beliebten Persönlichkeit. Es soll ihm im Südosten Frankreichs (Straßburg?) ein Militär-Commando zugesetzt sein.

Von den übrigen französischen Generälen wären etwa noch folgende anzuführen:

Grossard, der Ober-Commandeur des Lagers von Châlons von 1870. Er zeichnete sich in der Krim sehr aus und gilt für einen tüchtigen Organisator, weshalb ihm während des Krieges das Amt des französischen Kriegsministers an Leboeuf's Stelle anvertraut worden.

De Failly, Bourbaki und d'Autemarre. — Diese drei Generale zeichneten sich besonders im vorjährigen Lager von Châlons als tüchtige Divisions-Commandanten aus. Der Erstgenannte pflichtete bekanntlich die kriegerischen Vorbeeren bei Mentana (1867); von ihm stammt das famose gesungene Wort: „Nos fusils Chassepot ont fait merveille!“ „Unsere Chassepot-Wehre haben Wunder gewirkt!“

Stadtgemeinden gleichzustellen, respective diese Gebühren seien nicht aus der Stadtcaisse von Laibach, sondern aus dem krainischen Landesfonde zu zahlen.

Ferner sei der krainische Landesausschuß zu verhalten, die indebiten gezahlten Gebühren, und zwar entweder vom 1. November 1850 bis zum Tage der Klage mit 77.034 fl. 44 kr., oder vom 1. Februar 1862 an mit 24.840 fl. 57 kr., oder zum mindesten vom 1. Jänner 1866 an mit 6000 fl. der Stadtcaisse von Laibach zurückzuerstatten.

In der Begründung der Klage heißt es, daß das Krankenhaus in Laibach eine Landesanstalt sei. Dennoch müsse die Stadtgemeinde Laibach für ihre unbemittelten Kranken die Spitalsgebühren aus der Stadtcaisse zahlen, während die Angehörigen der anderen Stadtgemeinden auf Kosten des Landesfonds verpflegt werden.

Darin liege eine doppelte Ungerechtigkeit, denn nicht blos müssen die Gebühren für die eigenen Kranken bezahlt werden, sondern Laibach, welches die meisten Steuern überhaupt entrichtet, trägt auch zum Landesfond unter allen Orten die größte Quote für die Verpflegung der auf Kosten des Landesfonds im Spitäle befindlichen Personen bei.

Die Klage gibt dann eine Geschichte des Spitals, seiner Fonds und des Verhältnisses der Stadtgemeinde zum Spital, respective zum Landesfond und berührt hiebei alle jene Verordnungen, die seit Gründung des Spitals, welches ursprünglich dem Orden der Barnherzigen Brüder überlassen worden war, erlassen sind. Mehrere dieser Verordnungen werden in der Klage als unberechtigt erklärt und es wurde gegen dieselben schon zur Zeit ihrer Erlassung von Seite der Stadtgemeinde Laibach Protest erhoben; insbesondere werden der Gehaltung der Statthalterei im Jahre 1850 eigenmächtige Verfugungen vorgeworfen, die niemals die Sanction des Ministeriums erhielten, dagegen merkwürdigerweise noch heute die Basis für das Verhältniß der Stadt zum Krankenhaus bilden. Ja noch mehr, die Hauptverordnung dieser Behörde widerspricht direct dem sanctionirten Gemeindestatut und ist deshalb allein schon ungültig.

Allein möge man selbst über diese Verordnung denken, wie man wolle, daß sei gewiß, daß seit 1. Februar 1862 das Krankenhaus als Landesanstalt zu betrachten sei. Deshalb habe der Landesfond seit dieser Zeit die Verpflegungsgebühr zu bezahlen, da Laibach nicht ausgeschlossen sein könne von der Benützung jener Vortheile, die jedem andern Landes-Angehörigen zu Gebote stehen. In Kärnten, respective Klagenfurt, habe dasselbe Verhältniß bestanden, dort habe man Abhilfe bereits im Jahre 1862 getroffen.

Anders in Krain, trotzdem schon im April 1862 von der Stadt beim Landesausschuß eingeschritten wurde. Im Jahre 1865 erst wurde der Stadt bedeutet, sie möge beim Landtag einschreiten. In der Session des Landtages 1865—1866 geschah dies, doch der Landtag, in welchem die Sache endlich im Februar 1866 zur Sprache kam, that abermals nichts.

Im December 1866 — in der folgenden Session — kam die Angelegenheit abermals zur Sprache, man erkannte die Gerechtigkeit der Forderung im Finanz- und Landesausschuß zwar an, doch wurden die bezüglichen Anträge vom Landtag abgelehnt. Im Jahre 1869 schritt die Stadtgemeinde altermals gütlich beim Landtag ein, abermals vergebens. Nun blieb nur mehr das Reichsgericht übrig, welches hiemit angerufen wird.

Die Klage wurde dem krainischen Landesausschuß am 30. Jänner zur Gegenüberstellung mitgetheilt.

Über dessen Gegenüberstellung wurde das Ministerium des Innern gefragt, ob es sich befreiigen wolle oder nicht, da auch Statthalterei-Verfügungen einbezogen seien.

Das Ministerium lehnte jedoch jede Beileidigung ab, da seine Rechte ganz auf den Landesausschuß übergegangen seien.

Der Landesausschuß, welchem die Klage zur Auseinandersetzung zugestellt wurde, hält an dem Grundsatz fest, daß dieses Verhältniß durch die Regierung geschaffen wurde, daß die Statthalterieverordnung, solle der Rechtsbestand des Staates nicht in Frage gestellt werden, als Gesetz zu respectiren sei. Es wird von Seite des Landesausschusses hervorgehoben, daß factisch das Landes-Spital in Laibach der Commune die Zwecke eines Localspitals erfülle, und daß die Gemeinde Laibach durch das Spital viele Vortheile genieße, die den anderen beitragenden Gemeinden nicht zukommen, ja daß viele dieser Gemeinden nebst den Concurrenz-Beiträgen für das Landesspital auch noch die Kosten für ihre Localspitäler bestreiten müssen.

Nachdem die beiderseitigen Vertreter Klage und Abwehr in einem langen Plaidoyer ausgeführt, erklärte der Vorsitzende, daß es bei dem umfangreichen Verhandlungsmaterial nicht möglich sei, sofort das Urteil zu fällen; er setzte deshalb die Publication des Urteils für nächsten Mittwoch an.

(Presse.)

Tagesneuigkeiten.

— (Die Uniformirung der Beamten des Ackerbau-ministeriums.) Durch Erlass des Ackerbau-ministeriums wurde die dunkelbraune Aufschlagsfarbe an dem Uniformrock für die Beamten des Ackerbau-Ministeriums und der derselben unterstehenden Behörden bestimmt.

— (Zum Güterverkehr nach dem Auslande.) Laut Mittheilung der bayerischen Bahnverwaltung werden nunmehr nebst Getreide auch Mahlsfabrikate via Lindau nach der Schweiz und nach Vorarlberg befördert. Außerdem werden auch Getreide- und Lebensmittelsendungen für Bayern, Württemberg, Baden und Hessen übernommen und thunlichst befördert. Ausgenommen von dieser Begünstigung sind dergleichen Sendungen, wenn sie von Nürnberg über Würzburg hinaus nach Aschaffenburg bestimmt sind.

— (Flüchtige Familien.) Seit einigen Tagen, schreibt die „Prager Zeitg.“, kommen sowohl auf der Westbahn, als der Dresdner Bahn sehr viele flüchtige Familien aus Deutschland, insbesondere Damen, in Prag an, von welchen der größte Theil während der Kriegsdauer in Wien und Graz den Aufenthalt zu nehmen beabsichtigt. Auch mehrere der reichsten Banquiers von Hamburg und Frankfurt sind, nachdem sie schon früher ihre Eassen in Sicherheit gebracht hatten, in den letzten Tagen in Prag angekommen, um in Österreich ein sichereres Asyl zu suchen.

— (Standrechtliches Urtheil.) Am 18. d. M. wurde in Weißkirchen die Urtheilsvollstreckung an 19 wegen Verbrechen des Raubmordes eingebrachten Grenzen (rumänischer Nationalität aus Usdica im deutsch-banatischen Grenzregimente) im Beisein von mehr als 4000 Menschen vollzogen. Dieselben erschlugen einen Schaffirten und den Sohn des Eigentümers der Schafe und raubten an 50 Stück Schafe, wurden eingebrochen und, da die That im Weißkirchner Regimentsbezirk verlief, wo das Standrecht publicirt ist, nach Weißkirchen zur Aburtheilung überliefert. Von den 19 Räubern wurden 16 zum Tode verurtheilt, einer pardonierte und zwei wegen Mangels an Beweisen losgesprochen.

— (Ein Qui pro quo.) Die beiden Todesnachrichten, welche das Ableben des französischen Gesandten Prevost-Paradol in Washington und des französischen Generals Douai meldeten, faßt ein Pariser (?) Telegramm der „Bozner Zeitung“ in eine einzige Todesnachricht zusammen, wie folgt: „Der französische Gesandte General Paradol ist in Douai plötzlich gestorben.“

— (Fürst Lichnowsky) hat am Donnerstag im norddeutschen Reichstag eine Subscription eröffnet, deren Ertrag für denjenigen Soldaten bestimmt ist, welcher die erste französische Fahne erobert. Der Fürst zeichnete zehn Friedrichsdore und schon nach Verlauf einer halben Stunde konnten 149 Friedrichsdore in der Cassa des Reichstages deponirt werden.

— (Einsturz einer Tribüne.) Die „Gironde“ erzählt von einem schrecklichen Unglück, das sich am 18. d. M. in Bordeaux im Parc bordelais ereignete. Dort waren gelegentlich des stattfindenden Preis-Stelzenlaufens mehrere Tribünen errichtet und auf einer derselben hatten an 700 Buschauer Platz genommen, als sie plötzlich zusammenbrach. Die Menschen stürzten zum Theil von der Höhe eines Stockwerks herab und es blieben dabei sieben Personen tot, während circa 100, einige davon schwer verwundet wurden. Von diesen letzteren sollen noch fünf in ihren Wohnungen gestorben sein.

Locales.

— (Das Urtheil des Reichsgerichtes) in dem Processe der Stadt Laibach gegen den Landesausschuß, den wir oben ausführlich bringen, wurde mit 5 gegen 4 Stimmen zu Gunsten des Landes gesprochen.

— (Feuersbrünste.) In Berdun, Bezirk Rudolfswerth, brannten am 20. d. M. Nachmittags zwei Wohnhäuser nebst Ställen und Schuppen, zusammen im Werthe von circa 700 fl. nieder. Versichert war keines der Gebäude. Das Feuer durfte durch Unachtsamkeit beim Rauchen entstanden sein.

— Die gleichfalls im Bezirke Rudolfswerth gelegene kleine Ortschaft Klein-Eikava wurde am 24. Nachts fast ganz ein Opfer der Flammen. Von den 8 Wohnhäusern, aus welchen dieselbe besteht, brannten 5 Nummern mit 10 Wirtschaftsgebäuden total nieder. Nur durch die größte Anstrengung einiger Nachbarn und einer Gendarmeriepatrouille konnten der entfernt gelegene Rest des Dörfchens und die mit Getreide gefüllten Harpsen gerettet werden. Der Gesamtschaden beläuft sich auf circa 3600 fl., versichert war leider wieder nichts.

Neneste Post.

(Original-Telegramme der „Laibacher Zeitung.“)

Berlin, 27. Juli. Bei Rheinheim kleines Gefecht, Franzosen zurückgeworfen, 1 Todter, preußischerseits 2 Verwundete. Bei Walhausen entgleiste ein preußischer Militärexpresszug. 7 Todte, 40 Verwundete. (Rheinheim ist ein Dorf im Großherzogthum Baden im Oberrheinkreis, Bezirk Waldshut. Walhausen ist ein Dorf im preußischen Bezirk Coblenz.)

München, 27. Juli. Der Kronprinz von Preußen ist hier eingetroffen.

Paris, 27. Juli. Die Kaiserin wurde zur Regentin ernannt. Das Amts-journal erklärt bezüglich der Timesenthüllungen, derlei Besprechungen fauden allerdings zwischen Benedetti und Bismarck nach dem Prager Frieden statt, aber die französische Regierung habe niemals von einem schriftlich-formulirten Entwurf Kenntniß gehabt. Die bezüglichen Vorschläge verwarf Napoleon.

Über die in unserer gestrigen Nummer telegraphisch gebrachten Enthüllungen der "Times" schreibt die "Presse" vom 27. d.: Die Zwischenpause bis zum ersten großen Zusammenstoß an der Lothringischen Grenze wird bald durch ein weit interessanteres diplomatisches Geplänkel ausgefüllt werden, als das fruchtbare Gezanke über den Kriegsgrund ist, in das sich die auswärtigen Kanzleien von Paris und Berlin verbissen haben. Die "Times" theilte gestern einen Offensiv- und Defensiv-Tractat mit, den Frankreich während des Luxemburger Streites Preußen angeboten und in dem es als Preis für die Beihilfe bei der Annexion von Belgien und Luxemburg, Preußen Süddeutschland als Beute in Aussicht gestellt haben soll. Diese "Enthüllung" des Cityblattes erregt in den Londoner politischen Kreisen ungeheueres und wohlbegründetes Aufsehen. In beiden Häusern des Parlamentes wurden deshalb Interpellationen gestellt, in beiden äußern sich die Minister sehr reservirt und verweisen auf die Erklärungen, die hierüber alsbald in Berlin und Paris erfolgen würden. Gelingt es dem Bundeskanzler, aus diesem Handel das entsprechende Capital zu schlagen und für die allem Anschein nach aus preußischer Quelle stammenden Enthüllungen der "Times" einen nur halbwegs glaubwürdigen Beweis der Wahrheit anzutreten, ist dem Tuilerien-Cabine übel mitgespielt. Das ohnehin sehr rege Misstrauen Englands wird dann vollends wach, und dessen Neutralität nimmt einen für Frankreich nicht günstigen Charakter an. Die Unabhängigkeit Belgiens ist eine der wenigen Fragen, für die sogar die Manchester-Schule in den Harnisch gerath; zur Vertheidigung Antwerpens würde auch ein Bright jede nöthige Summe bewilligen. Zunächst würde es sich freilich nicht darum handeln, sondern um eine feste Stellung Englands bei den nach der ersten Haupeschlacht von Neuem beginnenden Vermittlungsversuchen. Vorläufig gilt es, die betreffenden Ausschlüsse des Berliner und Pariser Cabinets abzuwarten.

Die "Norddeutsche Allg. Zeit." erfährt, daß preußischerseits unverzüglich eine Aufklärung über die von der "Times" gebrachten Mittheilungen in Betreff der französischen Anerbietungen an Preußen erfolgen werde.

In einer Soirée, die Montag bei Lord Lyons stattfand und der alle Mitglieder des diplomatischen Corps, den Nuntius ausgenommen, beiwohnten, wurde, wie dem "Frdbl." aus Paris vom 26. d. M. telegraphiert, mitgetheilt, die Königin Victoria wünsche nach dem ersten Zusammenstoß eine Conferenz in London zum Versuche einer friedlichen Lösung.

An der ganzen Grenze des Kirchenstaates dauern die Anwerbungen für die Garibaldianer fort. Terni und Narni sind von Rothhemden überfüllt, ein Theil derselben ist zu einem Zuge nach Rom bestimmt, viele wollen aber auch nach Preußen, um die Franzosen zu bekämpfen. Man glaubt, daß, falls die Franzosen von Civitavecchia abziehen sollten, dasselbe durch General Lamarmora an der Spitze von 25.000 Mann besetzt werden wird, um den Garibaldianern zuvorzukommen.

Aus Sissel wird der "Presse" telegraphiert: Bischof Strohmayer wurde auf allen Zwischenstationen zwischen Agram und Sissel von den herbeigeeilten Honoratioren und der Bevölkerung enthusiastisch empfangen. In Sissel angelangt, wurde er von einer unabsehbaren Menschenmenge am Bahnhofe begrüßt, längs des brillant beleuchteten Civil-Sissel im vierstöckigen Wagen nach Militär-Sissel geführt, wobei viele elegante Equipagen ihm das Geleite gaben. Militär-Sissel ist prächtig beleuchtet; ein unübersehbarer Fackelzug bewegte sich zum Hotel "Kaiser von Österreich," wo ein glänzendes Bankett stattfand und die Tafel ein Standchen brachte. Morgen reist der Bischof mittelst Dampfschiff nach Brood.

Berlin, 26. Juli. (N. Fr. Pr.) Graf Bismarck übergab wegen seiner bevorstehenden Abreise zur Armee die diplomatischen Geschäfte Herrn v. Thiele.

Börsenbericht. Wien, 26. Juli: Die Börse verlehnte ohne ausgesprochene Tendenz in mißmuthiger Haltung, zu welcher die schwierige Geldbeschaffung wesentlich beitrug. Die Kurse stieg zwischen 10 fl. 94 fr. und 11 fl. 8 fl.

Herrn v. Werther's Eintritt in den Ruhestand ist definitiv.

Aus Berlin wird vom 24. d. dem "N. Frdbl." gemeldet: Heute Vormittags wurde der badenische Staatschok unter Begleitung badenischer Gendarmen und Beamten hieher dirigirt und in der hiesigen Hauptbank untergebracht. Der Personenverkehr auf den Eisenbahnen stockt jetzt völlig, doch gibt man sich der Hoffnung hin, daß nach dem Osten und nach dem Süden in zehn Tagen der regelmäßige Verkehr wieder hergestellt sein wird.

Altona, 26. Juli. General Vogel v. Falkenstein erließ einen Aufruf an die Bewohner der Nordsee- und Ostseeküsten. Längs der Küste werden Abtheilungen unter der Leitung verständiger Männer zur Küstenbewachung formirt, welche schleinig Mittheilungen an die nächste Militärbehörde zu machen haben.

Paris, 26. Juli. (N. Fr. Pr.) Wahnsinnige Studentenhausen zertrümmerten die Fenster, Thüren und Utensilien des Dreher'schen Bier-Etablissements auf dem Boulevard St. Michel, weil sie die durch die Verlehrsstörung der Ostbahn motivirte Nichtverabreichung des Wiener Bieres als einen Act deutscher Gehässigkeit gegen die Franzosen auffassten.

Das "Journal officiel" erklärt, die französische Regierung sehe Steinkohlen nicht als Kriegscontrabande an.

Paris, 26. Juli. Das "Journal officiel" veröffentlicht eine Depesche Gramonts vom 24. Juli, welche die Behauptungen der neulichen Depesche Werthers richtigstellt und sagt, daß die Sprache der Minister in der Kammer am 6. Juli der tief empfundenen Verlehrung zuzuschreiben sei und daß die Minister Frankreichs nur das Vertrauen bewahren könnten, wenn sie eine ernsthafte Bürgschaft für die Zukunft verlangten.

Die Depesche sagt weiter: Als der französische Geschäftsträger sich bei dem Staatssekretär Thiele einfand, antwortete dieser, die preußische Regierung wußte von allem nichts. Wir waren daher genötigt, Benedetti einzuladen, direct mit dem Könige zu sprechen. Wir sind nicht verantwortlich für die freiwillige Abwesenheit des Grafen Bismarck und für die Obliegenheit, die Discussion in Ems, anstatt in Berlin, zu verfolgen. Das preußische Cabinet sagte: die Frage der hohenzoller'schen Candidatur wurde niemals mit Benedetti verhandelt; dies ist zweideutig. Es ist wahr bezüglich des Zeitpunktes seit der neulichen Annahme der Throncandidatur seitens des Prinzen Leopold und falsch bezüglich der vorausgegangenen Verhandlungen.

Gramont reproduciert eine Depesche vom 31. März 1869 von Benedetti an Marquis de Lavalette, in welcher Benedetti berichtet, daß er mit Thiele bezüglich der hohenzoller'schen Candidatur eine Besprechung hatte und den Wunsch ausdrückte, genau informirt zu sein, um die französische Regierung aufzuklären. Thiele erklärte, es war von der hohenzoller'schen Candidatur für den spanischen Thron keine Rede und könne keine Rede davon sein.

Genua, 26. Juli. (Pr.) Die Festung Alessandria wird demnächst proviantirt. In Turin, Mailand und Genua wurden Hilfsvereine für Verwundete und Kranke der italienischen Armee gebildet.

Telegraphischer Wechselkours

vom 27. Juli.

5perc. Metalliques 50.30. — 5perc. Metalliques mit Mais und November-Zinsen 50.30. — 5perc. National-Auslehen 59.20. — 1860er Staats-Auslehen 86. — Bancaction 642. — Credit-Aktion 207. — London 131.50. — Silber 133.50. — Napoleon'sor 10.90.

Angekommene Fremde.

Am 26. Juli

Stadt Wien. Die Herren: Graf Pače, Privatier, von Ponovic. — Löw, Kfm., von Kanischa. — Sauer, Kfm., von Kanischa. — Blüh, Kaufm., von Wien. — Rieger, Handlungskommiss., von Reinfurz. — Frau Zallen, von Kramburg. Elefant. Die Herren: Moditz, Handels-Agent, von Triest. — v. Merzthal. — Winternik, Kfm., von Wien. — Pfeifer, I. I.

Bezirks-Sekretär, von Stein. — Gadner, Privat-Beamte, von Villach. — Oblak, I. I. Post-Beamte, von Villach. — Bils, Kfm., von Triest. — v. Tornaro, I. I. Oberst, von Wien. — Breuner, von Wien. — Unterberger, von Villach. — Calafadt, mit Tochter, von Triest. — Uml, Zupnik, von St. Lamprecht. — Lampic, Zupnik, von Gorce. — Ritter v. Eisenstein, I. I. Rittmeister, von Wien. — Bluperat, Handelsm., von Triest. — Gertraud und Anna Tombić, von Triest. — Senelović, Private, von Marburg.

Handel und Volkswirthschaftliches.

Laibach, 27. Juli. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 7 Wagen mit Getreide, 3 Wagen mit Heu und Stroh (Heu 25 Ctr., Stroh 14 Ctr.), 32 Wagen und 2 Schiffe (12 Kft.) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

	Mit. fl. fr.	Mit. fl. fr.	Mit. fl. fr.	Mit. fl. fr.
Weizen pr. Mezen	5 50	6 5	Butter pr. Pfund	— 45
Korn	3 40	3 82	Eier pr. Stück	— 1 1/2
Gerste	2 80	3 5	Milch pr. Maß	— 10
Hafer	2 60	2 62	Rindfleisch pr. Pf.	— 23
Halbschrot	—	4 44	Kalbfleisch	— 23
Heiden	3 40	3 40	Schweinefleisch	— 25
Hirse	3 —	3 34	Schöpfenfleisch	— 15
Kulturz	3 40	3 75	Hähnchen pr. Stück	— 27
Erdäpfel	2 —	—	Lauben	— 15
Linsen	4 50	—	Heu pr. Centner	1 30
Erbse	5 —	—	Stroh	— 1
Zitullen	4 50	—	Holz, hart, pr. Kft.	— 7 60
Rindfleischmalz	— 50	—	weiches, 22"	— 5 40
Schweinefleischmalz	— 46	—	Wein, rother, pr. Eimer	— 10
Speck, frisch,	— 35	—	weißer "	— 9
Speck, geräuchert, Pf.	— 44	—	—	— 10

Rudolfswert, 25. Juli. Die Durchschnitts-Preise stellten sich auf dem heutigen Markte, wie folgt:

	fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.
Weizen per Mezen	4 70	Butter pr. Pfund	— 48	
Korn	3 25	Eier pr. Stück	— 1 1/2	
Gerste	2 75	Milch pr. Maß	— 10	
Hafer	2 20	Rindfleisch pr. Pf.	— 24	
Halbschrot	4 —	Kalbfleisch	— 24	
Heiden	3 20	Schweinefleisch	— 18	
Hirse	3 90	Schöpfenfleisch	— 26	
Kulturz	3 —	Hähnchen pr. Stück	— 20	
Erdäpfel	—	Lauben	— 20	
Linsen	—	Heu pr. Centner	2 30	
Erbse	—	Stroh	1 10	
Zitullen	3 84	Holz, hartes, pr. Kft.	6 50	
Rindfleischmalz pr. Pf.	— 45	weiches,	— 10	
Schweinefleischmalz	— 45	Wein, rother, pr. Eimer	— 9	
Speck, frisch,	—	weißer "	—	
Speck, geräuchert, Pf.	— 40	—	—	

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Zeit	Barometerstand auf 0° R. reducirt	Aufltemperatur auf 0° R. m. 100° R.	Wetter	Zeit	Barometerstand auf 0° R. reducirt	Aufltemperatur auf 0° R. m. 100° R.	Wetter			
6 u. Mg.	325.44	+13.6	O. schwach	Regen	6 u. Mg.	325.44	+13.6	O. schwach	Regen	
27. 2.	325.23	+18.0	NRW. schw.	halbschwer	27. 2.	325.23	+18.0	NRW. schw.	halbschwer	Regen
10. Ab.	325.12	+13.9	SO. schw.	ganz bew.	10. Ab.	325.12	+13.9	SO. schw.	ganz bew.	Regen

Vormittags abwechselnd Regen. Mittags teilweise heiter, Abends geschlossene Wolkenbedeckung. Merkliche Abkühlung. Das Tagesmittel der Wärme + 15.9°, um 0.5° unter dem Normale.

Berantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Kleinmayr.



Tiefgefühlten Dank für die Theilnahme während der Trauerzeit und die so zahlreiche Beileidigung am Leichenbegängnisse des am 21. d. M. in Laibach verstorbenen jubilirten I. I. Geometers Herrn

Josef Schlacker

sprechen hemit aus (1740)

die trauernden Hinterbliebenen.

Geld Waare	Geld Waare	Geld Waare
169. — 171.	169. — 171.	Siebenb. Bahu in Silber verz.
260. — 265.	260. — 265.	Staatsb. G. 3% à 500 Fr. „l. Em.
80. — 82.	80. — 82.	Sildb. G. 3% à 500 Fr. „l. Em.
140.50	141.50	Sildb. Bons 6% (1870—74)
—	—	—
320. — 324.	320. — 324.	à 500 Frs
173. — 173.50	173. — 173.50	Ung. Östbahn
145. — 147.	145. — 147.	—
180. — 190.	180. — 190.	—
129.50	130.	—
—	—	—
104. — 105.	104. — 105.	E. Pfandbriefe (für 100 fl.)
84.50	85.	Geld Waare
—	—	verlosbar zu 5 p.Ct. in Silber
—	—	verlosbar zu 5 p.Ct. in Silber
99.50	100.	Geld Waare
87. — 88.	87. — 88.	zu 5 p.Ct. in Silber
89.50	90.	Cours der Geldsorten
—	—	G. Münz-Ducater. 6 fl. 24 fr. 6 fl. 26 fr.
—	—	Napoleon'sor 10 fl. 98 "
—	—	Bereinsthaler. 2 fl. 2 " 2 fl. 3 "
—	—	Silber 133 " 134 "
—	—	Krainische Grundentlastungs-O